

**1. MAI 2026**

---

Rede von Daniel Lampart

## **Offensive Gewerkschaftspolitik, damit es den Arbeitnehmenden besser geht**

Der 1. Mai ist immer ein Anlass, über die Politik und die Arbeit der Gewerkschaften heute und morgen nachzudenken. Klar ist: Wir Gewerkschaften sind die wichtigsten Organisationen für die Arbeitnehmenden. Wir setzen uns für gute Löhne und gute Arbeitsbedingungen ein. Wir führen zusammen mit den Arbeitgebern die 2. Säule. Wir haben Arbeitslosenkassen. Wir haben sogar Wohnbaugenossenschaften gegründet und weiterentwickelt. Kurz: wir haben Verantwortung beim Lohn, bei der Arbeitszeit, bei den Renten und der Arbeitslosenversicherung. Und sogar beim Wohnen. Das ist eine wunderbare, aber auch verantwortungsvolle Aufgabe.

In den letzten Jahren konnten wir wichtige Verbesserungen erreichen. Ein grosser Schritt ist die 13. AHV-Rente, die dieses Jahr zum ersten Mal ausbezahlt wird. Wir haben den Lohnschutz nicht nur gegen verschiedene Angriffe verteidigt, sondern sogar verbessert. In verschiedenen Gewerbebranchen haben wir eine vorzeitige Pensionierung erreicht. In den letzten Monaten gab es Streiks und grosse Mobilisierungen in Winterthur, im Kanton Waadt und in Kanton Genf. Viele Leute wurden neu Gewerkschaftsmitglied.

Wenn es den Arbeitnehmenden gut geht, wenn sie mitbestimmen können, wenn sie anerkannt sind und Wertschätzung erfahren, dann fühlen sie sich als selbstbestimmte Menschen. Ihre Arbeit ist etwas wert. Sie erhalten das, was ihnen zusteht. Sie können ein menschliches Leben leben.

Wo es abwärts geht, wo sich die Leute nicht richtig behandelt fühlen, wo sie Existenzängste haben: Dort kann der Rechtspopulismus eindringen. Wie in den USA oder in Italien. Ein Rechtspopulismus, der mit den Problemen der Arbeitnehmenden kokettiert und den Ausländerinnen und Ausländern die Schuld zu schiebt. Damit machen die Rechtspopulisten Wählerstimmen und lenken von den Problemen ab. Damit verhindern sie Lösungen, welche die Arbeitgeber und die Gutverdiener etwas kosten. Und machen eine Politik gegen die Arbeitnehmenden mit Steuersenkungen und Erleichterungen für die Arbeitgeber.

In der Schweiz versucht das die SVP seit vielen Jahren. Ein übles Beispiel für den Rechtspopulismus ist die 10-Millionen-Initiative der SVP. Mittlerweile besser bekannt als Chaos-Initiative. SVP-Nationalrat Matter hat hier einen furchtbaren Vorschlag entwickelt und ihn mit dem Namen der Nachhaltigkeit getarnt.

Man muss es immer wieder klar sagen: Die SVP-Chaos-Initiative ist keine Befindlichkeits-Umfrage, ob man mit der Situation im Land zufrieden ist oder nicht. Sondern sie ist ein radikaler Vorschlag, der die sozialen Probleme in der Schweiz verstärken wird und uns in einer schwierigen Zeit zu einem Alleingang zwingt. Wenn die Initiative durchkommt, wird es in der Schweiz dunkel und einsam. Die SVP-Initiative führt nicht nur zu einem Bruch mit Europa, weil die Schweiz aus den Bilateralen aussteigen muss. Sondern die SVP-Initiative zwingt uns auch, die Menschenrechtskonvention zu kündigen. Die Botschaft der Initiative an Menschen ohne Schweizer Pass ist: Ihr seid hier nicht erwünscht. Familien werden zerrissen. Menschen müssen zu prekären Bedingungen arbeiten.

Die Schweiz der SVP-Initiative ist nicht unsere Schweiz. Wir lassen von der SVP nicht diktieren, wie wir in unserem Land leben wollen.

Die SVP-Initiative gefährdet mit dem Bevölkerungsdeckel auch die Renten, die Löhne und die Versorgungssicherheit im Land. Warum? Wir werden 10-Millionen-Grenze vorübergehend vor allem deshalb überschreiten, weil in den nächsten Jahren nochmals viele Arbeitnehmende aus geburtenstarken Jahrgängen pensioniert werden. Die Zahl der 65+ wird von heute 1.8 Millionen auf fast 3 Millionen steigen. Wenn wir einen 10-Millionen-Deckel einführen, müssen wir die Zahl der Berufstätigen senken. Das hat es noch nie gegeben. Das gibt Druck auf die Löhne, die Arbeitsplätze und die Renten. Die Krankenkassenprämien und die Abgaben werden steigen. Und die Versorgungssicherheit im Spital und in der Pflege ist mehr gefährdet.

Die Rechtspopulisten der SVP flirten mit dem Saisoniersstatut. Die Schweiz könne Leute aus dem Ausland holen, die nur zum Arbeiten und nur für kurze Zeit hier sind. Doch das ist nicht nur sozial ein Problem, sondern es ist auch wirtschaftlich ein Unsinn. Wie soll beispielsweise das Unispital Zürich oder das Kantonsspital Frauenfeld noch funktionieren, wenn ein grosser Teil der Pflege oder der Ärzt:innen halbjährlich ausgewechselt wird?

Wenn man schaut, was das bürgerlichen Parlamentsmehrheiten – vor allem der Nationalrat – in dieser Legislatur entschieden hat, so müsste man aus Arbeitnehmersicht langsam aber sicher über Neuwahlen nachdenken. Ein aktuelles Beispiel ist die Pflegeinitiative, bei der der Nationalrat die Volksinitiative nicht umsetzen will. Ein anderes Beispiel ist der Vorschlag des früheren FDP-Präsidenten Thierry Burkart: Er will, dass wir neu an bis zu neun Sonntagen im Jahr ohne Sonntagszuschlag arbeiten müssen. Im Detailhandel soll es sogar 12 Sonntagsverkäufe geben. Ausgerechnet die Verkäuferinnen und Verkäufer, die heute schon arbeiten müssen, wenn viele frei haben, sollen nun auch den Sonntag opfern müssen. Krass ist auch, dass die bürgerlichen Parlamentsmehrheiten demokratisch beschlossene Mindestlöhne in Städten wie Winterthur oder Zürich verbieten wollen. Wir werden all diese Vorhaben, die den Arbeitnehmenden schaden, bekämpfen. Wenn nötig, auch mit dem Referendum.

Wie im Fussball ist die Defensive auch in der Gewerkschaftsarbeit sehr wichtig. Wir müssen Nein sagen können zu Verschlechterungen und dieses Nein auch durchsetzen. Wie beim Referendum zum BVG vor eineinhalb Jahren - das damals mit einem Nein-Anteil von mehr als zwei Dritteln.

Doch die Situation muss für die Arbeitnehmenden besser werden. Deshalb braucht es erfolgreiche Offensiven – wie die 13. AHV. Wir müssen – wenn man so will – Tore schießen, um zu gewinnen. Gewinnen, in dem die Lage der Arbeitnehmenden besser wird. Und gewinnen, damit die Leute eine Kollegin oder ein Kollege von uns werden wollen.

Die Löhne stiegen in den letzten Jahren zu wenig, weil die Arbeitgeber in den Verhandlungen härter sind als früher. Viele – vor allem ältere Arbeitnehmende – haben schon länger keine Lohnerhöhung gehabt. Das Leben wird teurer. Der Wirtschaft geht es gut. Darum braucht es deutliche Lohnerhöhungen. Auf die neue Härte der Arbeitgeber braucht es eine klare gewerkschaftliche Antwort.

Wer eine Berufslehre gemacht hat, muss vom Lohn gut leben können. 5000 Franken pro Monat sind das Minimum. Das ist leider alles andere als selbstverständlich. Vor allem Frauen haben oft weniger, obwohl sie anspruchsvolle Arbeiten machen – in der Apotheke, in der Pflege oder in der Kita. Wir müssen uns stärker für Leute mit Lehre engagieren. Wer eine Lehre gemacht hat, muss mindestens 5000 Franken verdienen. Wer in der Lehre ist, soll 8 Wochen Ferien haben.

In der 2. Säule sind immer mehr KMU-Angestellte bei einem Lebensversicherer oder bei einer Sammeleinrichtung versichert, die damit Profite macht. Die Arbeitnehmenden haben dadurch viele Tausend Franken weniger Rente und Alterskapital. Im Gewerbe haben wir mit den Arbeitgebern eigene Branchen-Pensionskassen, die den Arbeitnehmenden kein Geld aus der Tasche ziehen. Die Arbeitnehmenden müssen dort versichert sein. Die Abzockerei mit unseren Vorsorgegeldern müssen wir stoppen. Mit unserer Altersvorsorge darf niemand Gewinne machen.

Fürs Wohnen sind wir Gewerkschaften nicht direkt zuständig. Für die Arbeitnehmenden ist es aber oft ein Problem, eine zahlbare Wohnung zu finden. Beim Bund ist Bundesrat Parmelin zuständig. Von welcher Partei ist er? Von der SVP, die mit der Wohnungsnot eine populistische Kampagne macht, aber gar nichts zur Lösung beiträgt.

Aber auch wir Gewerkschaften haben in der Wohnpolitik eine 100-jährige Erfolgsgeschichte. Nämlich die Wohnbaugenossenschaften. Vor rund 100 Jahren – in einer Zeit von grösserer Wohnungsnot – haben viele GewerkschafterInnen Wohnbaugenossenschaften gegründet. Die Städte und Gemeinden haben ihnen Land und teilweise auch Geld gegeben. Dank den Genossenschaften ist es heute vielerorts möglich, bezahlbar in einer guten Wohnung zu leben. Wir müssen die Genossenschaften weiterentwickeln. Sie müssen mehr Land und Geld erhalten.

Gewerkschaftliche Offensiven sind dann erfolgreich, wenn wir uns konsequent auf die Interessen und die Themen der Arbeitnehmenden konzentrieren. Die Erfahrungen der letzten Jahre zeigen: Wir haben die Kraft, um das Leben der Arbeitnehmenden spürbar zu verbessern. Und das ist dringend nötig. Bei den Löhnen und den Renten muss es aufwärts gehen.

Ich wünsche euch einen schönen ersten Mai!